



Datum: 26.07.2023

Autor: Magdalena Martullo

Berner Politik

Bevölkerung wird ausgeschaltet

Magdalena Martullo*
über Windparks

Die Bündner Regierung hat einen neuen kantonalen Energie-Richtplan erstellt und 25 grossflächige Zonen für Windparks in den wichtigsten Tourismusgebieten und im Bündner Rheintal ausgeschieden. Arosa, Davos, Flims/Laax, Lenzerheide/Parpan/Churwalden, Scuol, Samnaun, Savognin, Münstair und die Bündner Herrschaft sollen mit Windrädern oberhalb der Dörfer und im Skigebiet verbaut werden. Die Gemeinden wurden nicht einbezogen, die Vernehmlassung ist nur auf Druck der SVP auf September verlängert worden. Tatsächlich ist die Vernehmlassung das einzige rechtliche Mittel, das den Gemeinden und der Bevölkerung bleibt. Im Unterschied zu Grosssolar-Projekten haben sie bei Windparks nichts mehr zu sagen. Setzen Gemeinden den kantonalen Richtplan nicht im Nutzungsplan um, erlässt der Kanton ihn gemäss kantonaalem Raumplanungsgesetz gleich selber. Die Windzonen sind gemäss Bundesrecht «im nationalen Interesse», Einsprachen kaum mehr möglich, Enteignungen

aber schon. Der Richtplan, der Nutzungsplan, die Baubewilligung und die Enteignung liegen alle in der Kompetenz des Kantons. Der Bundesrat hat noch eine Beschleunigung für die Planung und den Bau bekannt gegeben. Windpärke werden neu mit 60 Prozent der Investitionskosten vom Bund subventioniert. Deshalb haben Stromkonzerne wie Axpo und Alpiq ein grosses Interesse, sie rasch zu bauen. Den Strom dürfen sie frei verkaufen, auch in einer Mangellage. Einen Windzins (analog des Wasserzins) gibt es nicht.

Weltweit ist mir kein Windpark in den Bergen bekannt. Sie werden meist auf unbesiedelten Landflächen oder im Meer aufgestellt. Das hat Gründe: Für den Bau und den Unterhalt braucht jedes einzelne Windrad eine Zufahrt. Aufgrund des hohen Gewichts braucht es als Verankerung einen Betonssockel. Bei Überhitzung und Blitzeinschlag in über 120 Metern Höhe kann keine Feuerwehr löschen, die Räder brennen aus und Bestandteile fallen auf den Boden. Wald muss wegen Waldbrandgefahr gerodet werden. Im Winter bilden sich Eiskrusten, die auf die Skipiste fallen.

In den 25 durch die Regierung ausgewählten Windgebieten würden zudem massive Eingriffe in die Landwirtschaft und die Tier- und Pflanzenwelt entstehen. In Scuol sind die angesiedelten Bartgeier konkret betroffen. Die Windparks hätten gravierende wirtschaftliche

Auswirkungen für die Wohnbevölkerung, den Tourismus, das Gewerbe und die Industrie. Diese wurden bei der Erstellung des Richtplans nicht berücksichtigt.

Dass die Regierung bereit ist, auch gegen den Willen der Bevölkerung Windparks zu realisieren, hat sie mit der Zone Lugnez demonstriert. Dort lehnte das Volk 2019 nämlich bereits einen Windpark mit über 60 Prozent ab. Ein Affront!

Aus diesem Grund hat die SVP Graubünden die Regierung aufgefordert, den Richtplan umgehend zurückzuziehen und ihn in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu überarbeiten und nochmals zu vernehmlassen.

Damit auch die Bevölkerung die Möglichkeit hat, eine Überarbeitung des Richtplans zu fordern, hat die SVP eine entsprechende Petition auf www.SVPWind.ch lanciert, welche bereits grossen Anklang gefunden hat. Andere Mitbestimmungsmöglichkeiten bleiben leider nicht. Die Volksrechte sind endgültig ausgehebelt worden. Zeit, sich zu wehren.

Übrigens: Alle diese Windparks würden nur rund zwei Tausendstel zur heutigen Stromproduktion in der Schweiz beitragen...

* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.